Bekanntmachung der Gemeinde Petersberg

Inkrafttreten der Entwicklungssatzung „Neuenhäuser“ in der Gemarkung Krosigk

Der Gemeinderat der Gemeinde Petersberg hat am 20.09.2023 in öffentlicher Sitzung die Entwicklungssatzung „Neuenhäuser“ in Krosigk nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB in der Fassung vom August 2023 bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) als Satzung beschlossen. Die Begründung nebst Anlagen wurde gebilligt.

Dieser Beschluss wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung tritt die Entwicklungssatzung „Neuenhäuser“ in Kraft.

Die Entwicklungssatzung „Neuenhäuser“ in Krosigk kann auf der Internetseite der Gemeinde Petersberg sowie über das zentrale Internetportal des Landes Sachsen-Anhalt eingesehen werden.

Des Weiteren wird die Entwicklungssatzung „Neuenhäuser“ in Krosigk mit der Begründung einschließlich Anlagen in der Bauverwaltung der Gemeinde Petersberg, Ortsteil Wallwitz, Götschetalstraße 15 in 06193 Petersberg während der Dienststunden

Montag	9.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 15.00 Uhr
Dienstag	9.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 18.00 Uhr
Mittwoch	9.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 15.00 Uhr
Donnerstag	9.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 16.00 Uhr
Freitag	9.00 - 12.00 Uhr

unbefristet bereitgehalten. Auf Verlangen wird über den Inhalt des Bebauungsplanes Auskunft gegeben.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach:

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
 2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
 3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
- wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Petersberg geltend gemacht worden sind. Dabei ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen (§ 215 Abs. 1 BauGB).

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Petersberg, den 21.09.2023

gez. Krimm
Bürgermeister